

Macht, Sandra

Von: Sopper, Petra
Gesendet: Freitag, 5. April 2013 15:20
An: SRatSchrollingerthExt; BM
Cc: CSU; diebunten; Grosse-Grollmann, Stephan; grüne; Ollert, Ralf; Padua, Marion; Patzelt, Hans-Joachim; 'Schneider, Siegfried'; SPD-Fraktion; Suhr, Johannes; Ref.III; RA-KVB
Betreff: Antrag-Eingangsbestätigung
Anlagen: Antr_TETRA.pdf
Wichtigkeit: Hoch

ÖDP
Herrn Stadtrat Thomas Schrollinger



Bürgermeister		
02. APR. 2013		
1	Zur Ktn.	3 Zur Stellungnahme
2	Z. V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen



Ihr Antrag: Entwicklungen bei TETRA-Funk durch Verwaltung und Führungskräfte von
Feuerwehr, Polizei und Katastrophenschutz

Sehr geehrter Herr Schrollinger,

wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 02.04.2013.

Im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly teilen wir Ihnen mit, dass er die
Behandlung Ihres Antrages im

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

veranlasst hat.

Mit freundlichen Grüßen
Bürgermeisteramt
i. A.
Sopper

ödp

Ökologisch-Demokratische Partei

ÖDP Nürnberg / Thomas Schrollinger (ÖDP) Jauerstr. 33 90473 Nürnberg

RWA

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Herrn Dr. Ulrich Maly
Rathaus
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER	
02. APR. 2013	
2.34	Zur Kts.
III	2. X z.w.v.
Zur Stellungnahme	
4 Antwort bei Ab- sendung vorlegen	
5 Nürnberg 30.03.2013	
schrift vorlegen	

Kopi: RAKVB

ÖDP im Nürnberger Stadtrat

Kontakt:

Thomas Schrollinger
Tel: +49(0)911-800 27 99
Fax: +49(0)911-817 13 48
thomas.schrollinger@oedp-nuernberg.de
www.oedp-nuernberg.de

per Fax ✓

Einschätzung der Entwicklungen bei TETRA-Funk durch Verwaltung und Führungskräfte von Feuerwehr, Polizei und Katastrophenschutz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Aufbau des digitalen TETRA-Behördenfunks in Bayern beunruhigt viele Menschen. Besonders beunruhigend ist auch das Ergebnis des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung vom 27.4.2011 (Bundestagsdrucksache 17/5672), in dem ausgeführt wird, dass im Katastrophenfall bei Stromausfall die TETRA-Stationen nur ca. 2 Stunden lang in der Lage sind, zu senden, während die bisherige analoge Technik länger funktioniert. Über die Standorte der benötigten zusätzlichen Sender herrscht Unklarheit. Angesichts der Tatsache, dass TETRA-Stationen rund um die Uhr strahlen, sollte die Bevölkerung umfassend über die Entwicklung aufgeklärt werden. Auch die Tatsache, dass im Januar 2010 176 britische Polizisten wegen Gesundheitsschäden durch TETRA Klage erhoben haben, muss Anlass sein, dieses Thema durch die Anhörung eines unabhängigen Experten unter dem speziellen Aspekt der Gesundheitsbelastung unserer Ordnungskräfte zu behandeln. Nach Ansicht der ÖDP soll die Einführung des Tetra-Behördenfunks gestoppt werden, solange nicht die technische Tauglichkeit und die Sicherheit des Funksystems nachgewiesen und die gesamte Finanzierung und gesundheitliche Unbedenklichkeit für Anwohner und Einsatzkräfte aufgezeigt werden können.

Den Medienberichten und der angehängten Bundestagsdrucksache zufolge gibt es aber auch offene Fragen hinsichtlich der Tauglichkeit von Tetrafunk im praktischen Einsatz bei den Ordnungs- und Rettungskräften.

Der Umweltausschuss des Europäischen Rats hat am 27. Mai 2011 einstimmig eine Resolution beschlossen, in der er eine drastische Senkung der Grenzwerte für Funkanwendungen verlangt wird (Ziffer 8.2.1 im angehängten Dokument). Dieser Wert wird nach Angaben von Experten bei den meisten geplanten TETRA-Masten noch in einigen hundert Metern Entfernung überschritten. Die Pulsung dieser Geräte könnte bei Kranken den Herzschlag außer Takt bringen. Deshalb besteht bei einigen Diensten in der Anwendung die Regel, dass TETRA-Geräte von gefährdeten Personen in einem Abstand von mindestens 3 Metern gehalten werden müssen. Man muss aber eigentlich die Rechnung bis zum maximalen Ausbau des Behördenfunksystems von 316 W machen, denn für diesen Ausbau brauchen Betreiber nur die Regulierungsbehörde zu informieren, aber keine neue Genehmigung eines politischen Gremiums einzuholen.

„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi

Deshalb stelle ich für die ÖDP zur Behandlung im Stadtrat bzw. im zuständigen Ausschuss folgenden b.w. →

ÖDP Nürnberg / Thomas Schrollinger - Jauerstr. 33 - 90473 Nürnberg
☎ +49(0)911-800 27 99 - Fax: +49(0)911-817 13 48
✉ thomas.schrollinger@oedp-nuernberg.de ☑ www.oedp-nuernberg.de





Ökologisch-Demokratische Partei

ANTRAG:

1. Die Verwaltung berichtet durch die Führungskräfte von Feuerwehr, Polizei, Katastrophenschutz und Rettungskräften über ihre Einschätzung zur Einführung des digitalen Behördenfunks TETRA im Gebiet der Stadt Nürnberg. Insbesondere wird eine Stellungnahme zu Vorteilen und Nachteilen sowie zur Funktionsfähigkeit des Systems im Ernstfall erwartet, vor allem zu den Aussagen in der angehängten Bundestagsdrucksache 17/5672 (insbes. Seite 43). Zu berichten ist auch über die Tetrafunk-Abschaltung bei der Polizei München nach zweimonatiger Testphase. Dort wird jetzt Presseberichten zufolge wieder mit dem analogen System gesendet. Darzustellen ist auch die geplante Struktur von Sendeanlagen mit Ortsangabe und einschließlich der gesamten in den nächsten Jahren noch zu installierenden Sendeleistung (Endausbau).
2. Die Verwaltung berichtet auch über die eventuell noch zu erwartenden Kosten der Umstellung für die Stadt.
3. Zur Beurteilung der Strahlengefahr beantragt die ÖDP zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Anhörung eines industrie- und anbieterunabhängigen Experten.
4. Die Verwaltung und die Regierung von Mittelfranken nimmt zur Tatsache Stellung, dass der Umweltausschuss des Europäischen Rats am 27. Mai 2011 einstimmig eine Resolution beschlossen hat, in der er eine drastische Senkung der Grenzwerte für Funkanwendungen verlangt (Ziffer 8.2.1 im angehängten Dokument) wird. Trifft es zu, dass dieser neue Grenzwert (also nicht der bestehende nationale Grenzwert in Deutschland, der bekanntlich viel höher ist als in anderen Staaten) bei den meisten geplanten TETRA-Masten noch in einigen Hundert Metern Entfernung überschritten wird?

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schrollinger
 Stadtrat der ÖDP

Anlagen: - Bundesdrucksache 17/5672 / 2.1.4.6 Behördenfunk und Behördennetze
 - Resolution 1815 (2011) EU-Parlament

„Die Welt hat genug
 für jedermanns
 Bedürfnisse,
 aber nicht für
 jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi



2.1.4.6 Rechenzentren

Als gut vorbereitet für einen Stromausfall gelten die Rechenzentren in großen Unternehmen, Dienstleistungsrechenzentren oder die Serverfarmen, Webhoster etc. für das Internet. Entsprechend ist davon auszugehen, dass die Datenleitungen zwischen diesen Rechenzentren an ihren Endpunkten und Verstärken ähnlich gut abgesichert sind. Große Rechenzentrumsbetreiber verfügen in der Regel auch über verschiedene Standorte, sodass gegebenenfalls der Betrieb eines gefährdeten Rechenzentrums mit seinen geschäftskritischen Prozessen auf ein anderes übertragen werden kann. Die Notfallversorgung ist auf jeden Fall darauf ausgelegt, laufende Prozesse kontrolliert zu beenden, Daten zu sichern und einen Notbetrieb einzurichten. Dies heißt nun nicht, dass im Ernstfall auch alle Vorsorgemaßnahmen greifen.

2.1.4.6 Behördenfunk und Behördennetze

Der BOS-Funk steht in Deutschland vor einem Wechsel von dem alten analogen System zu einem neuen, digitalen System nach dem TETRA-Standard. In absehbarer Zeit soll TETRA für 500 000 Teilnehmer etwa bei der Polizei, den Feuerwehren, Rettungsdiensten, THW und Zoll flächendeckend eingeführt werden. Insgesamt müssen dazu rund 4 300 Antennenstandorte und 62 Vermittlungsstellen installiert werden (Hiete et al. 2010, F28).

Unter dem Aspekt der Stromabhängigkeit scheint die Umstellung auf TETRA eine Verschlechterung zu bringen. Während die alten Relaisstationen im analogen BOS-Funk noch über eine USV von vier bis acht Stunden verfügten, sind die Basisstationen bei TETRA nur noch auf eine batterieversorgte Überbrückung von zwei Stunden ausgelegt (Hiete et al. 2010, F30). Für den Fall eines großflächigen und langfristigen Stromausfalls wäre der Behördenfunk denkbar schlecht vorbereitet. Mobile, stromnetzunabhängig Funkstationen könnten zwar zum Einsatz kommen, es ist aber nicht bekannt, über wie viele solcher Ersatzstationen die TETRA-Betreiber verfügen.

Die „normale“ Regierungskommunikation sowie die Kommunikation der Bundesverwaltung erfolgt über gesondert abgesicherte Netze, insbesondere den IVBB, den IVBV und das Bundesverwaltungsnetz (BVN). Diese sollen in einer gemeinsamen, leistungsfähigeren und sicheren Netzinfrastruktur unter dem Titel „Netze des Bundes“ (NdB) (Federführung BMI) zusammengefasst werden. Auch hier handelt es sich wie beim BOS-Funk um ein nichtöffentliches, besonders gegen äußeren Zugriff abgesichertes Daten- und Telekommunikationsnetz. Die zentralen Netze und Netzressourcen von IVBB und IVBV sind mit NSA mit einer Kapazität für in der Regel zwei bis drei Tage ausgestattet. Für die Netzinfrastruktur der NdB werden 72 Stunden Überbrückungskapazität angestrebt. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es in gleicher Weise auf die Notstromvorsorge der einzelnen angeschlossenen Behörde ankommt, ob die NdB in Anspruch genommen werden können. Für die größeren Behörden und Institutionen im Raum Berlin und Bonn wird davon ausgegangen, dass diese überwiegend über NSA verfü-

gen, die eine vergleichbare Kapazität wie die Netzinfrastruktur haben.

2.1.4.7 Rundfunk

Bei den Endgeräten sind insbesondere Fernsehempfänger in den Privathaushalten überwiegend von einer externen Stromversorgung abhängig. Da hier auch nicht mit einer Notstromversorgung gerechnet werden kann, fällt die Möglichkeit des Fernsehempfangs in der Regel sofort aus.

Radiogeräte gibt es in einer viel größeren Zahl und mit deutlich mehr Varianten, vom Autoradio über den Radio-Wecker bis zum Mobiltelefon mit Radioempfang. Viele dieser Geräte verfügen über Batterien oder Akkus, die einen Radioempfang in den ersten, oft besonders kritischen Stunden nach Ausbruch der Krise gewährleisten würden. Dies entspricht auch den Erfahrungen des Stromausfalls in Kanada 2003, wo das Radio in den ersten zwölf Stunden die wichtigste Informationsquelle darstellte (Kap. III.4.1; Public Safety Canada 2006, S. 23).⁴⁰

Die öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten müssen einen gesetzlichen Versorgungsauftrag für Notfallkommunikation und -information erfüllen. Entsprechend verfügen die Rundfunkanstalten über Notfallstudios, mit denen ein reduzierter Produktionsbetrieb über mehrere Tage aufrechterhalten werden kann. In gleicher Weise ist die (terrestrische) Sendetechnik abgesichert (Prognos 2009, S. 82). Da die Recherchemöglichkeiten für die Redaktionen von Kommunikationsmitteln wie Telefon und Internet abhängen, kann es diesbezüglich zu Einschränkungen kommen, wenn z. B. Berichterstatter vor Ort ihre Informationen in die Sendestudios übermitteln wollen oder wenn die Redaktion sich mit Personen vor Ort (Amtsträger, Einsatzkräfte, Bürger) in Verbindung setzen will.

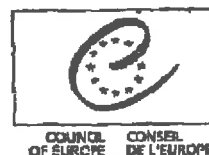
2.1.4.8 Presse

Presse- und Druckunternehmen gehören zu den Großverbrauchern von Energie. Allein für die Zeitungsrotationsdruckmaschinen werden Strommengen in der Größenordnung einiger Hundert bis Tausend Haushalte benötigt. Da der Druck zwischen Redaktionsschluss und Vertrieb in nur wenigen Stunden als enorm zeitkritischer Prozess erfolgen muss, verfügen Zeitungsdruckereien üblicherweise über NSA, mit denen zumindest ein Notbetrieb aufrechterhalten werden kann. Von ähnlichen Vorkkehrungen kann für die Redaktionssysteme ausgegangen werden, die viele Ähnlichkeiten mit großen Rechenzentren aufweisen. Die Erfahrungen aus dem großen kanadischen Stromausfall 2003 bestätigen diese Einschätzung (Kap. III.4.1).

⁴⁰ Die eher anekdotischen Berichte von Bewohnern des Münsterlandes über den Stromausfall 2005 bestätigen die Bedeutung des Radios (Cantauw/Loy 2009), während Prognos (2009, S. 38) – allerdings ohne weitere Quellenangabe – davon ausgeht, dass es in der Bevölkerung kaum noch stromnetzunabhängige Radiogeräte gegeben habe. In einer empirischen Studie zu den Folgen des Stromausfalls im Münsterland im Herbst 2005 für den Ernährungsbereich wurde zwar nach der Nutzung von Kommunikationsmitteln gefragt, nicht aber systematisch nach der Nutzung von Radiogeräten (Gardemann/Merski 2008, S. 46 und Fragebogen S. 2 im Anhang).



Parliamentary Assembly
Assemblée parlementaire



COUNCIL OF EUROPE
CONSEIL DE L'EUROPE

Resolution 1815 (2011)¹

The potential dangers of electromagnetic fields and their effect on the environment

Parliamentary Assembly

1. The Parliamentary Assembly has repeatedly stressed the importance of states' commitment to preserving the environment and environmental health, as set out in many charters, conventions, declarations and protocols since the United Nations Conference on the Human Environment and the Stockholm Declaration (Stockholm, 1972). The Assembly refers to its past work in this field, namely Recommendation 1863 (2009) on environment and health: better prevention of environment-related health hazards, Recommendation 1947 (2010) on noise and light pollution, and more generally, Recommendation 1885 (2009) on drafting an additional protocol to the European Convention on Human Rights concerning the right to a healthy environment and Recommendation 1430 (1999) on access to information, public participation in environmental decision-making and access to justice – implementation of the Århus Convention.

2. The potential health effects of the very low frequency of electromagnetic fields surrounding power lines and electrical devices are the subject of ongoing research and a significant amount of public debate. According to the World Health Organization, electromagnetic fields of all frequencies represent one of the most common and fastest growing environmental influences, about which anxiety and speculation are spreading. All populations are now exposed in varying degrees to electromagnetic fields, the levels of which will continue to increase as technology advances.

3. Mobile telephony has become commonplace around the world. This wireless technology relies upon an extensive network of fixed antennae, or base stations, relaying information with radio-frequency signals. Over 1.4 million base stations exist worldwide and the number is increasing significantly with the introduction of third generation technology. Other wireless networks that allow high-speed Internet access and services, such as wireless local area networks, are also increasingly common in homes, offices and many public areas (airports, schools, residential and urban areas). As the number of base stations and local wireless networks increases, so does the radio-frequency exposure of the population.

4. While electrical and electromagnetic fields in certain frequency bands have wholly beneficial effects which are applied in medicine, other non-ionising frequencies, whether from extremely low frequencies, power lines or certain high frequency waves used in the fields of radar, telecommunications and mobile telephony, appear to have more or less potentially harmful, non-thermal, biological effects on plants, insects and animals as well as the human body, even when exposed to levels that are below the official threshold values.

5. As regards standards or threshold values for emissions of electromagnetic fields of all types and frequencies, the Assembly strongly recommends that the ALARA (as low as reasonably achievable) principle is applied, covering both the so-called thermal effects and the athermal or biological effects of electromagnetic emissions or radiation. Moreover, the precautionary principle should be applied when scientific evaluation does not allow the risk to be determined with sufficient certainty. Given the context of growing exposure of the population, in particular that of vulnerable groups such as young people and children, there could be extremely high human and economic costs if early warnings are neglected.

1. Text adopted by the Standing Committee, acting on behalf of the Assembly, on 27 May 2011 (see Doc. 12608, report of the Committee on the Environment, Agriculture and Local and Regional Affairs, rapporteur: Mr Huss).

Resolution 1816 (2011)

6. The Assembly regrets that, despite calls for the respect of the precautionary principle and despite all the recommendations, declarations and a number of statutory and legislative advances, there is still a lack of reaction to known or emerging environmental and health risks and virtually systematic delays in adopting and implementing effective preventive measures. Waiting for high levels of scientific and clinical proof before taking action to prevent well-known risks can lead to very high health and economic costs, as was the case with asbestos, leaded petrol and tobacco.

7. Moreover, the Assembly notes that the problem of electromagnetic fields or waves and their potential consequences for the environment and health has clear parallels with other current issues, such as the licensing of medication, chemicals, pesticides, heavy metals or genetically modified organisms. It therefore highlights that the issue of independence and credibility of scientific expertise is crucial to accomplish a transparent and balanced assessment of potential negative impacts on the environment and human health.

8. In light of the above considerations, the Assembly recommends that the member states of the Council of Europe:

8.1. in general terms:

8.1.1. take all reasonable measures to reduce exposure to electromagnetic fields, especially to radio frequencies from mobile phones, and particularly the exposure to children and young people who seem to be most at risk from head tumours;

8.1.2. reconsider the scientific basis for the present standards on exposure to electromagnetic fields set by the International Commission on Non-Ionising Radiation Protection, which have serious limitations, and apply ALARA principles, covering both thermal effects and the athermic or biological effects of electromagnetic emissions or radiation;

8.1.3. put in place information and awareness-raising campaigns on the risks of potentially harmful long-term biological effects on the environment and on human health, especially targeting children, teenagers and young people of reproductive age;

8.1.4. pay particular attention to "electrosensitive" people who suffer from a syndrome of intolerance to electromagnetic fields and introduce special measures to protect them, including the creation of wave-free areas not covered by the wireless network;

8.1.5. in order to reduce costs, save energy, and protect the environment and human health, step up research on new types of antenna, mobile phone and DECT-type device, and encourage research to develop telecommunication based on other technologies which are just as efficient but whose effects are less negative on the environment and health;

8.2. concerning the private use of mobile phones, DECT wireless phones, WiFi, WLAN and WIMAX for computers and other wireless devices such as baby monitors:

8.2.1. set preventive thresholds for levels of long-term exposure to microwaves in all indoor areas, in accordance with the precautionary principle, not exceeding 0.6 volts per metre, and in the medium term to reduce it to 0.2 volts per metre;

8.2.2. undertake appropriate risk-assessment procedures for all new types of device prior to licensing;

8.2.3. introduce clear labelling indicating the presence of microwaves or electromagnetic fields, the transmitting power or the specific absorption rate (SAR) of the device and any health risks connected with its use;

8.2.4. raise awareness on potential health risks of DECT wireless telephones, baby monitors and other domestic appliances which emit continuous pulse waves, if all electrical equipment is left permanently on standby, and recommend the use of wired, fixed telephones at home or, failing that, models which do not permanently emit pulse waves;

8.3. concerning the protection of children:

8.3.1. develop within different ministries (education, environment and health) targeted information campaigns aimed at teachers, parents and children to alert them to the specific risks of early, ill-considered and prolonged use of mobiles and other devices emitting microwaves;

Resolution 1816 (2011)

8.3.2. for children in general, and particularly in schools and classrooms, give preference to wired internet connections, and strictly regulate the use of mobile phones by schoolchildren on school premises;

8.4. concerning the planning of electric power lines and relay antenna base stations:

8.4.1. introduce town planning measures to keep high-voltage power lines and other electric installations at a safe distance from dwellings;

8.4.2. apply strict safety standards for the health impact of electrical systems in new dwellings;

8.4.3. reduce threshold values for relay antennae in accordance with the ALARA principle and install systems for comprehensive and continuous monitoring of all antennae;

8.4.4. determine the sites of any new GSM, UMTS, WiFi or WIMAX antennae not solely according to the operators' interests but in consultation with local and regional government authorities, local residents and associations of concerned citizens;

8.5. concerning risk assessment and precautions:

8.5.1. make risk assessment more prevention oriented;

8.5.2. improve risk-assessment standards and quality by creating a standard risk scale, making the indication of the risk level mandatory, commissioning several risk hypotheses to be studied and considering compatibility with real-life conditions;

8.5.3. pay heed to and protect "early warning" scientists;

8.5.4. formulate a human-rights-oriented definition of the precautionary and ALARA principles;

8.5.5. increase public funding of independent research, in particular through grants from industry and taxation of products that are the subject of public research studies to evaluate health risks;

8.5.6. create independent commissions for the allocation of public funds;

8.5.7. make the transparency of lobby groups mandatory;

8.5.8. promote pluralist and contradictory debates between all stakeholders, including civil society (Arhus Convention).